



## Inhalt

### ▪ Seite 1

„Fragen Sie Bush!“ – Brasilien und die internationale Finanzkrise

## „Fragen Sie Bush!“

### BRASILIEN UND DIE INTERNATIONALE FINANZKRISE

**„Fragen Sie Bush!“ – das empfahl der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva den Journalisten, die ihn Mitte September nach den Auswirkungen der sich zuspitzenden internationalen Finanzkrise auf Brasilien befragten. Wiederholt äußerte er damals: „Die Leute fragen mich nach der Krise und ich antworte: geht und fragt Bush, es ist seine Krise und nicht meine“. Doch schon damals fügt Lula etwas vorsichtiger hinzu, „bis jetzt“ habe die Krise Brasilien nicht berührt.**

Seit dieser optimistischen Stellungnahme sind kaum mehr als fünf Wochen vergangen und die Welt, besonders die Welt der Finanzen, Banken und Börsen hat sich grundlegend gewandelt. Und selbstverständlich wurde auch Brasilien von dem Wirbelsturm, der über das internationale Finanzsystem fegte, erfasst. Allerdings erleben das Land und sein Finanzsystem bis dato keine größere Krise. „Brasilien ist ein sicherer Hafen“ so betont Finanzminister Guido Mantega seit Ausbruch der Krise. Das ist der Ton, den führende Repräsentanten der Regierung, der Zentralbank und auch des Finanzsektors anschlagen, um keine zusätzliche Nervosität auf den Finanzplätzen und an der Börse zu erzeugen. Nicht zuletzt Präsident Lula betont immer wieder die Solidität der brasilianischen Volkswirtschaft. Seine große Popularität mit zuletzt knapp 80% Zustimmung zu seiner Regierungsführung ist eine gute Grundlage, um bei der Mehrheit der Brasilianer Vertrauen in die Regierung und ihre Kapazität zum Managen der aktuellen Situation zu erzeugen. Von „Krisenmanagement“ will man kaum sprechen, weil das Wort „Krise“ bisher vor allem für die Situations-

beschreibung des internationalen Umfeldes, nicht aber der eigenen Lage benutzt wird – und das durchaus mit einigem Recht.

Auf der internationalen Bühne war Präsident Lula nach seinen ersten kritischen Äußerungen etwas zurückhaltender und hat nicht zuletzt auch die Maßnahmen von Präsident Bush verteidigt. Während seines Aufenthaltes in New York im September anlässlich der Vollversammlung der Vereinten Nationen äußerte er, Präsident Bush habe „die richtigen Maßnahmen ergriffen“. Zugleich betonte er; „es ist nicht gerecht, dass Brasilien ein Opfer bringt für ein Problem, das von keinem Brasilianer verursacht wurde, von keiner brasilianischen Bank und von keiner brasilianischen Immobiliengesellschaft“. Zusammen mit dem britischen Premierminister, dem Präsidenten des internationalen Währungsfonds und weiteren Regierungschefs nahm Lula damals an einer internationalen Beratungsrunde zur Steuerung der Finanzkrise teil.

Als erster Redner während der diesjährigen UN-Vollversammlung führte der brasilianische Präsident am 23. September aus: „die unvermeidlichen Interventionen des Staates, die den Fundamentalisten des Marktes zuwider sind, zeigen, dass jetzt die Stunde der Politik gekommen ist. Er forderte „eine koordinierte Aktion der Regierungen, insbesondere jener Länder, die im Mittelpunkt der Krise stehen“, um die „Unordnung der internationalen Finanzen“ zu bekämpfen. Zugleich kritisierte er einen „nationalistischen Populismus“, den manche reichen Länder angesichts der verschiedenen aktuellen Krisen – der Finanzkrise, der Energie-

**FOCUS BRASILIEN**

AUSGABE 6 | OKTOBER 2008

[www.kas.de/brasilien](http://www.kas.de/brasilien)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

krise, der Nahrungsmittelkrise - ungehemmt praktizierten. Noch während seines Aufenthaltes in New York sprach er vom „Ende der neoliberalen Ära“.

Die US-Presse hat die Stellungnahmen des brasilianischen Präsidenten mit Aufmerksamkeit und Respekt zitiert. Das Wall Street Journal hob hervor, dass Lula sich für eine Reform des internationalen Finanzsystems ausgesprochen habe, das besser gegen künftigen Missbrauch geschützt sein müsse. Lulas Regierungspolitik wurde beschrieben als ein Seiltanz zwischen ökonomischer Orthodoxie und sozialpolitischem Populismus und als der Versuch eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Damit ist die Eigenart des brasilianischen Ordnungsmodells gar nicht so verkehrt charakterisiert worden.

Die Gleichzeitigkeit und das Nebeneinander von scheinbar Gegensätzlichem oder Unversöhnbarem gehört zum Wesen Brasiliens. Das gilt auch für die Wirtschaftspolitik oder ordnungspolitische Festlegungen. Wer hätte vor sechs Jahren erwartet, dass der „linke“ Lula eine „rechte“ Wirtschaftspolitik betreiben würde? Zu diesen scheinbaren Widersprüchen in Brasilien gehört auch, dass Skepsis bis Kritik gegenüber dem „Neoliberalismus“ und dem Kapitalismus einerseits weit verbreitet ist. Andererseits hat das nicht verhindert, dass die reale Wirtschaftspolitik seit den Reformen Mitte der neunziger Jahre viele marktwirtschaftliche Elemente übernahm, die auch nach dem Regierungswechsel beibehalten wurden. Allerdings war Brasilien nie dem neoliberalen Eifer mancher Nachbarstaaten oder den entsprechenden damaligen Empfehlungen der Weltbank oder des Währungsfonds gefolgt. Die wirtschaftlichen Öffnungs- und Reformprozesse seit Beginn der neunziger Jahre trugen hier keine neoliberale Handschrift, sondern entsprachen mit der Bewahrung einer starken Interventionsfähigkeit des Staates eher dem Ordnungsmodell einer sozialen Marktwirtschaft. Das zahlt sich heute aus.

Systemkritik im Hinblick auf die eigene Situation ist daher eher verhalten. Zudem sind letztlich nahezu alle linken Parteien in der Regierung vertreten und tragen in der einen oder anderen Weise dazu bei, die für die Überwindung der Krise notwendige Zuversicht zu verbreiten. Kritik am Wirtschaftsmodell wäre zur Zeit eher kontraproduktiv. Nicht zuletzt zeigen die Interventionen der Regierung zur Steuerung der kritischen Situation, dass der Staat und die Regierung im Rahmen des augenblicklichen Wirtschaftsmodells genügend Handlungskapazität besitzen.

Allerdings nehmen auch die brasilianischen Medien, wie heute überall auf der Welt, die Finanzkrise zum Anlass, um das Ende des neoliberalen Kapitalismus zu verkünden und die Steuerungs- und auch Interventionskapazität des Staates zu betonen. Doch eine Wende zu sozialistischen oder populistischen Ordnungsmodellen redet oder schreibt hier niemand ernsthaft das Wort. Das hängt gewiss nicht zuletzt damit zusammen, dass Brasilien trotz einer turbulenten Entwicklung an der Börse in São Paulo noch nicht merklich von der Finanzkrise betroffen ist. Abgesehen von der Verteuerung einiger Importprodukte spüren die meisten Bürger die Auswirkungen der Krise noch nicht unmittelbar. Das Konsumverhalten hat sich noch nicht entscheidend verändert. Auch das trägt wohl dazu bei, dass die Systemfrage bisher nicht mit Nachdruck gestellt wird.

**Solide und stabil im Augenblick der Finanzkrise**

Im Augenblick der Finanzkrise steht Brasilien besser da als je zuvor in seiner Geschichte. Allerdings besitzt das Land keine Immunität, die es vor den Auswirkungen der Krise dauerhaft schützte. Denn es gibt durchaus einige Kanäle, die die Krise ins Land leiten. An erster Stelle ist auch hier der Kreditmarkt zu nennen. In dem Moment, in dem die Kredithähne austrockneten, mussten diejenigen brasilianischen Unternehmen, die wegen der hohen Zinsen im

**FOCUS BRASILIEN**

AUSGABE 6 | OKTOBER 2008

[www.kas.de/brasilien](http://www.kas.de/brasilien)[www.kas.de](http://www.kas.de)

Inland eine externe Finanzierung suchten, neue Formen der Umschuldung finden. Auch die brasilianischen Banken haben Geld auf dem internationalen Kreditmarkt aufgenommen, um es im Land weiter zu verleihen. Als der Zugang zu diesen Finanzierungsquellen verwehrt war, gingen die Kredite zurück und die Zinsen stiegen an.

Eine andere Form der Ansteckung ergibt sich aufgrund der externen Konten, und zwar an zwei Fronten gleichzeitig. In dem Maße, in dem die US-Volkswirtschaft stagniert oder gar in eine Rezession verfällt und sich das Wachstum weltweit verlangsamt, gehen auch die brasilianischen Exporte an Wert und Volumen zurück. Weil aber Brasilien seit Monaten mehr im Ausland ausgibt und das Defizit der Leistungsbilanz wächst, wird es schwieriger, die Ausgaben im Ausland zu finanzieren. Das ausländische Kapital wird knapper; denn viel Kapital wird aus Brasilien abgezogen, um Verluste auf anderen Märkten zu decken. An der Börse in São Paulo beispielsweise wurden seit Ausbruch der Krise im August 2007 bis zum August 2008 schon mehr als R\$ 17 Milliarden abgezogen. Seither gab es wegen der Zuspitzung der internationalen Finanzkrise infolge des Zusammenbruchs von Lehmann Brothers noch einmal erhebliche zusätzliche Abflüsse. Am stärksten aber macht sich die Krise – zumindest kurzfristig – im Bereich der Investitionen und an der Börse bemerkbar. Die Indikatoren der Produktion der letzten Trimester in Brasilien zeigen bei den Investitionen noch einen intensiven Rhythmus. Doch mit weniger Krediten, weniger Ressourcen für Importe und weniger Kapital aus dem Ausland ist es eine natürliche Reaktion der Unternehmen, größere Zurückhaltung bei Neuinvestitionen zu üben. Tatsächlich mehren sich Mitte Oktober die Anzeichen, dass die Industrieproduktion zurückgehen könnte.

**Maßnahmen zur Steuerung der Krise**

Die brasilianische Regierung und die Zentralbank haben verschiedene Maßnahmen ergriffen, um Kredite auf dem einheimi-

schen Finanzplatz zu erleichtern. Rechtzeitig und keinesfalls verzweifelt haben sie versucht einigen Sektoren zu helfen. Insbesondere die Landwirtschaft und die Bauwirtschaft werden durch Regierungsprogramm gefördert. Die Zentralbank hat im Verlauf der Krisenwochen deutlich an Handlungsspielraum hinzugewonnen.

Zu den Maßnahmen zur Steuerung und Eindämmung der Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Brasilien gehören u.a.:

- Die Zentralbank hat die Höhe der Sicherungseinlagen reduziert, die Banken für ihre Kreditgeschäfte hinunterlegen müssen. Dadurch wird den Banken mehr Spielraum für ihre Kreditgeschäfte eingeräumt.
- Den Geschäftsbanken hat die Zentralbank zeitlich befristet einen größeren Schutz gegen Wechselkursrisiken eingeräumt.
- Um die einheimische Währung zu stabilisieren, hat die Zentralbank bereits 22,9 Milliarden US\$ in den Markt gepumpt.
- Die Regierung hat einige Finanzierungslinien eingerichtet, die der Exportwirtschaft zusätzliche Liquidität zuführen sollen.
- Die nationale Entwicklungsbank BNDES erhielt zusätzliche Mittel, um das Exportgeschäft zu fördern. Zudem erklärte die BNDES, dass sie über genügend liquide Mittel verfügt, um zumindest bis Mitte 2009 die internationalen Kreditengpässe auszugleichen.
- Die Landwirtschaft und die Bauwirtschaft erhielten Krediterleichterungen von insgesamt mehr als 6 Milliarden Reais (2,5 Milliraden Euro).
- Insgesamt hat die Zentralbank mehr als 60 Milliarden Reais (ca. 22 Mrd. Euro)

**FOCUS BRASILIEN**

AUSGABE 6 | OKTOBER 2008

[www.kas.de/brasilien](http://www.kas.de/brasilien)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

für Stabilisierungsmaßnahmen bereit gestellt.

- Die Regierung hat angekündigt, dass sie, sofern die bisherigen Maßnahmen zu einer Stabilisierung der Märkte nicht ausreichen, gegebenenfalls auch Haushaltskürzungen vornehmen werde.
- Die solventen öffentlichen Banken Brasiliens haben angekündigt, dass sie in den nächsten Monaten der Exportwirtschaft 35,5 Mrd. Reais (ca. 12 Mrd. Euro) an Krediten zur Verfügung stellen werden.

**Brasiliens internationale Rolle gestärkt**

Die Finanzkrise hatte einen Nebeneffekt, der der brasilianischen Regierung durchaus entgegenkommt: die Rolle des Landes als globaler Akteur ist aufgewertet worden. Nicht nur hat Präsident Lula während seines Aufenthaltes in New York an einer kleinen Runde mit Regierungschefs teilgenommen, die über die Konsequenzen der Krise berieten. Präsident Bush hat offensichtlich mehrmals mit ihm telefoniert, um ihn über Maßnahmen der US-Regierung zu informieren und um Unterstützung Brasiliens zu bitten. Auf Vorschlag von US-Finanzminister Henry Paulson hatte Brasilien für den 11. Oktober die G 20 Finanzgruppe zu einer Sitzung nach Washington einberufen, um gemeinsame Aktionen zur Überwindung der Finanzkrise zu diskutieren. Dieser G 20 Finanzgruppe gehören neben den G7 Ländern USA, Großbritannien, Kanada Frankreich, Deutschland, Italien und Japan auch die Europäische Union sowie weitere wichtige Industrie- und Schwellenländer an. Brasilien übt zur Zeit den Vorsitz der Gruppe aus. Finanzminister Mantega und Zentralbankpräsident Mireilles sind am internationalen Krisenmanagement aktiv beteiligt. Wiederholt haben Präsident Lula und andere Repräsentanten seiner Regierung in den letzten Wochen eine Reform des internationalen Finanzsystems und auch des Internationalen Währungsfonds gefordert.

Die Rolle Brasiliens als maßgeblicher Akteur und verlässlicher Partner auf der regionalen Ebene in Lateinamerika ist durch die Finanzkrise gestärkt worden.

**Aussichten**

Die amerikanische Krise sei in den USA „ein Tsunami“, der Brasilien als „kleine Welle erreicht, auf der man noch nicht einmal Wasserski fahren kann“. Noch Anfang Oktober hat Präsident Lula mit seiner einzigartigen Sprachfähigkeit erneut die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf sein Land kleingeredet, obwohl zum gleichen Zeitpunkt die Börse in São Paulo einen tiefen Absturz erlebte und die Landeswährung Real schlagartig abgewertet wurde. Doch der brasilianische Präsident weiß, dass Psychologie ein Teil des Rettungspaketes ist. Und entsprechend unternimmt er alles, um eine positive Stimmung der Wirtschaftsakteure zu erzeugen.

Zugleich verfügt die brasilianische Regierung über wirksame Steuerungsmechanismen, die es ihr bisher erlaubten, die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf das eigene Land und seine Volkswirtschaft einzugrenzen. Begünstigt wird der Handlungsspielraum der Regierung davon, dass 2008 die Steuereinnahmen wieder eine neue Rekordhöhe erreichen werden. Das verschafft der Regierung Luft und finanziellen Spielraum für Sicherungsmaßnahmen und Investitionen, um den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise entgegen zu wirken. Eine weltweite Rezession aber würde sicher auch in Brasilien mittelfristig größere Auswirkungen haben. Noch bestehen für das nächste Jahr positive Wachstumserwartungen. Die Börse ist schon wieder auf Erholungskurs und auch der Real wurde wieder deutlich gestärkt, nicht zuletzt mit Hilfe von Interventionen der Zentralbank. Erwartet wird außerdem, dass die anstehenden Investitionen im Rahmen des staatlichen Programms zur Wachstumsförderung (Programa de Aceleração do Crescimento, PAC) im nächsten Jahr neue Wachstumspulse an die Privatwirtschaft geben. Bei-

**FOCUS BRASILIEN**

AUSGABE 6 | OKTOBER 2008

[www.kas.de/brasilien](http://www.kas.de/brasilien)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

spielsweise besteht in Brasilien ein enormer Nachholbedarf im Bauwesen. Die Bauwirtschaft mag vorübergehend ins Stocken geraten sein, doch alles deutet darauf hin, dass auch in den kommenden Jahren mit erheblichen Investitionen für den privaten Wohnungsbau und Bau von Büro- und Geschäftsräumen zu rechnen ist. Internationale Investoren haben Brasilien keineswegs abgeschrieben. Sobald sich die Liquidität auf den internationalen Finanzmärkten wieder gebessert hat, ist auch mit dem Zufluss neuen Kapitals nach Brasilien zu rechnen.

Insgesamt kann Brasilien noch mit einer gewissen Zuversicht auf die internationale Finanzkrise reagieren. Die brasilianische Volkswirtschaft ist heute wesentlich solider und stabiler als vor zehn Jahren angesichts der damaligen Asien- und Russlandkrise. Unter Ökonomen ist es weitgehend unstrittig, dass die Struktur der Regulierung des brasilianischen Finanzsystems und des Zahlungsverkehrs weltweit zu den modernsten gehört. Das Finanzsystem Brasiliens ist regulierter und kontrollierter als die Finanzsysteme der USA oder Europas. In der augenblicklichen Krise hat sich das als großer Vorteil erwiesen. Aber selbst ein guter Regenschutz verhindert bei einem stürmischen Gewitter nicht, dass man nass wird. Deshalb hofft man in Brasilien, dass es möglichst bald gelingt, das internationale Finanzsystem wieder zu sanieren. Danach, so die weit verbreitete Meinung in Brasilien, ist es an der Zeit eine notwendige Diskussion über die Reform des internationalen Finanzsystems zu führen, was bedeutete, neue bzw. zusätzliche Regulierungsmechanismen einzubauen. Allerdings ist man in Brasilien skeptisch, ob dafür international tatsächlich der politische Wille aufgebracht werden kann.